

Finanznöte, Bahnübergänge und Hunde-Chips bestimmen Jahresbeginn 2010

„Man muss die Menschen schon mögen in diesem Amt“

Seit Jahren fordert der Gemeindebund einen Stopp der Belastungen und eine Reform der Aufgaben. Während zweiteres eher Zukunftshoffnung war und ist, glaubte man ersteres in Reichweite. Als dann Anfang Jänner 2010 ziemlich zeitgleich die Aufreger „Hunde-Chip-Kontrolle“ und „Bahnübergänge“ in die Medien kamen, stellte sich Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer exklusiv einem KOMMUNAL-Neujahrsinterview und stellte einiges klar.

Herr Präsident, warum wehren sich die Gemeinden so vehement gegen die Sicherung von Bahnübergängen?

Wir wehren uns überhaupt nicht gegen mehr Sicherheit, sondern nur dagegen, dass wir wieder einmal mit einer Aufgabe konfrontiert werden – die uns nicht zusteht, die wir aber bezahlen sollen – nämlich zur Sicherheit der Bahn beizutragen. Wenn man weiß, dass es sich hier um Summen handeln kann von bis zu einer Milliarde Euro, sieht man auch sofort, dass wir hier massive Probleme haben können. Wir haben jedes Verständnis für mehr Sicherheit, aber sicher nicht dafür, dass wir die Kosten tragen für eine Maßnahme, die ausschließlich der Sicherheit der Bahnen dient. Wir werden die Gemeinden hier vor einer gewaltigen Belastung zu bewahren wissen.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer im Gespräch mit Kommunalverlags-Geschäftsführer Michael Zimper (links) und Chefredakteur Hans Braun.

Wir wehren uns überhaupt nicht gegen mehr Sicherheit, sondern nur dagegen, dass wir wieder einmal mit einer Aufgabe konfrontiert werden, – die uns nicht zusteht, die wir aber bezahlen sollen.

Helmut Mödlhammer zu den Vorstößen von Infrastruktur-Ministerin Doris Bures

Weiß man jetzt schon genau, um wie viele Bahnübersetzungen es sich überhaupt handelt? Es kursieren ja Zahlen zwischen 50 in Niederösterreich und über 2000 bundesweit.

Das ist ja das Dilemma an der ganzen Geschichte. Man schickt eine Verordnung in Begutachtung, ohne mit den Betroffenen zu reden, ohne genau zu wissen, was konkret der Inhalt sein sollte, welche Folgen die Verordnung haben wird. Was wir uns

wünschen würden, wäre mehr Partnerschaft, mehr Information bei derartigen Vorhaben und nicht ein „Darüberfahren“. Ich würde allen Partnern auf politischer Ebene raten –, ob auf Landes- oder Bundesebene – mit den Verhandlungspartnern über gemeinsame Dinge vorher zu sprechen, bevor man Verordnungen in Begutachtung schickt.

Wenn man sich Internet-Postings zu diesem Thema ansieht, haben die BürgerInnen überwiegend Verständnis für die Gemeinden und würden eher die Autofahrer mehr an deren Verantwortung erinnern. Aber was passiert, wenn es während der Diskussionen – gesetzt den schlimmsten Fall – wieder einen Toten auf einem unbeschränkten Übergang gibt? Fürchten Sie in dem Fall nicht, dass die Stimmung der Bürger kippt?

Nein. Es geht uns nicht um die Stimmung der Bürger, es geht uns um mehr Sicherheit, aber auch um das Thema „Mehr Eigenverantwortung“. Wenn wir das exzessiv auslegen, müssten wir ja vor jeder Stopptafel noch eine Sicherheitsmaßnahme treffen. Man wird das Leben nicht zu tausend Prozent sicher gestalten können. Das wissen wir auf Gemeindeebene. Wir leben in einem Staat, wo vieles meines Erachtens oft einmal zu viel geregelt ist und wo die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahrzehnten massiv zurückgedrängt wurde. Es gilt aber in Zeiten wie diesen,



gerade die Eigenverantwortung wieder vermehrt einzufordern und auch auf den Hausverstand hinzuweisen.

Ein ähnliches Thema ist die Radarüberwachung durch Gemeinden. Auch hier ist die Diskussion in letzter Zeit wieder heftiger geworden. Worum geht es den Gemeinden?

Es geht auch hier ausschließlich um eine Erhöhung der Sicherheit. Es haben bisherige Maßnahmen nicht zum Erfolg geführt, denn die Autofahrer wissen genau, dass die Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Gemeindestraßen kaum überwacht werden. Es hilft das beste Gesetz nichts, wenn es nicht überwacht und kontrolliert wird. Uns geht es weiters darum, dass vor allem vor Schulen und Kindergärten, vor Seniorenheimen und Krankenhäusern und in Wohngebieten wirklich ein vernünftiges Miteinander haben.

Das bedeutet nicht, dass der Autofahrer hier einen Freibrief hat zur Tempobolzerei, sondern dass er weiß, hier wird kontrolliert. Es handelt sich hier auch nicht um den großen Durchzugsverkehr, sondern um den Zielverkehr. Wenn die wissen, hier wird kontrolliert, so werden sie sich sehr, sehr rasch an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten.

Themenwechsel: Wir alle wissen, wie eng es bei den Finanzen der Gemeinden zugeht. Gibt es Gründe, die für 2010 auch Hoffnung machen? Oder ist die Lage derzeit aussichtslos?

Also, die Lage ist sicher nicht einfach, aber sie ist auch nicht aussichtslos. Erstens glauben wir, dass die Gemeinden mit dieser schwierigen Situation

Es hilft hier das beste Gesetz nichts, wenn es nicht überwacht und kontrolliert wird ...

Und deswegen geht es hier nicht um Geldvermehrung oder um Abzocke. Es geht darum, klarzumachen: Hier wird kontrolliert!

... über die Gründe, warum die Gemeinden wieder selbst Radarkontrollen machen wollen

außerordentlich gut zurechtkommen – wie mit vielen schwierigen Situationen der Vergangenheit. Zweitens ist es so, dass die Konjunkturprognosen derzeit etwas optimistischer aussehen, und drittens haben wir ab 2011 dank eines sehr guten Finanzausgleiches vor allem für die Gemeinden unter 10.000 Einwohner 100 Millionen Euro mehr bekommen. Worum es uns jetzt aber gehen muss ist, bei den Ausgaben entsprechende Bremsen einzuziehen. Es kann nicht so sein, dass wir bei weniger werdenden Einnahmen steigende Ausgaben haben. Das ist unser großes Ziel, unsere Partner auf Bundes- und Landesebene dazu zu bringen, die Gemeinden in nächster Zeit nicht zu belasten – einen Belastungsstopp einzuziehen.

Sie sind selbst natürlich auch Bürgermeister. Wo wird Ihre eigene Gemeinde 2010 sparen, wo wird sie investieren? Und welchen Rat geben Sie den Gemeinden für 2010?

Wir hatten in unserer Gemeinde Hallwang ein sehr erfreuliches Jahr 2009, weil wir rechtzeitig gegengesteuert haben. Wir sind bei allen Ausgaben massiv auf die Bremse gestiegen, wie beispielsweise in den Bereichen Personal und Verwaltung. Zum anderen haben wir die Entwicklung bei den Einnahmen sehr genau beobachtet und unser Handeln darauf abgestimmt. Das ist auch das Rezept für 2010. Wir sind natürlich in einer schwierigen Situation, aber mit unserem neuen Finanzsystem

können wir die Entwicklung beobachten – über unsere Plattform Kommunalnet ist das möglich. Weiters werden wir 2010 rund eine Million Euro investieren. Wir haben, weil wir in den vergangenen Jahren vernünftig gespart haben, uns einen Polster geschaffen, auf den wir jetzt zugreifen können. Getreu dem Motto: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

Und welchen Rat kann man den Gemeinden geben?

Im Grunde genommen sollten die Gemeinden darauf achten, dass sie einerseits den Verlockungen einer guten Zeit nicht nachgeben, sondern auf einem

Derzeit sehen die Konjunkturprognosen etwas optimistischer aus, und wir bekommen ab 2011 dank eines sehr guten Finanzausgleiches vor allem für Gemeinden unter 10.000 Einwohner 100 Millionen Euro mehr.

... über die finanziellen Aussichten der Gemeinden

vernünftigen, sparsamen und soliden Weg bleiben – und nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Das ist der erste Punkt. Zweiter Punkt ist, dass alle Ausgabenposten durchforstet werden. Vor allem in Zeiten wie diesen ist es auch ein Signal an die Bevölkerung, dass die Gemeinde beim Sparen mit gutem Beispiel vorangeht.

Aber sollten Gemeinden nicht gerade jetzt investieren, so wie Sie das auch für Ihre Gemeinde angesprochen haben? Sollten sie nicht jetzt Schulden machen, um nun die Wirtschaft vor Ort zu stärken?

Da muss man sehr vorsichtig sein. Die Gemeinden haben

►► weiter auf Seite 11





Auf Basis des Entwurfs von Anfang Jänner muss man davon ausgehen, dass rund 2000 Eisenbahnkreuzungen gemeint sind.

Eisenbahnkreuzungen: Gemeindebund fordert Verhandlung über Finanzierung

Gemeinden fürchten Kosten in Milliardenhöhe

„Für uns steht fest, dass die Gemeinden die Kosten für die technische Sicherung von rund 2000 Bahnübergängen mit Schranken und Lichtanlagen nicht bezahlen werden“, stellte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer Anfang Jänner in einer Presseaussendung klar.

Dr. Robert Hink

„Wenn der Bund mittels Verordnung will, dass diese Kreuzungen technisch gesichert werden, dann empfehle ich dringend, einen ‚Sicherheitsgipfel‘ zu organisieren, an dem alle beteiligten Einrichtungen, nämlich die Straßenerhalter (Bund, Länder, Gemeinden) sowie Vertreter der Verkehrsunternehmen, teilnehmen“, fordert Mödlhammer.

Vorliegender Entwurf gibt keine Finanzierung an

Die Aufregung war entstanden, weil das Verkehrsministerium einen Verordnungsentwurf in Begutachtung geschickt hatte, der die technische Sicherung von Eisenbahnkreuzungen zum Inhalt hat. Berechnungen hatten ergeben, dass es sich dabei um rund 2000 Kreuzungen handelt und die Gesamtkosten für die Sicherung zwischen 1,2 und 1,5 Milliarden Euro liegen, die sich laut geltender Gesetzeslage die Ver-

kehrsunternehmen und die Straßen teilen müssten. „Wenn das Ministerium behauptet, dass damit nur rund 100 Kreuzungen gemeint sind, dann sollte man dies in den Verordnungsentwurf auch genauso hineinschreiben“, so Mödlhammer. „Auf Basis des vorliegenden Entwurfes muss man jedoch davon ausgehen, dass rund 2000 Eisenbahnkreuzungen gemeint sind.“

Investitionen für Gemeinden unmöglich

„Für die Gemeinden sind derart hohe Investitionen schlicht und einfach nicht möglich“, so Mödlhammer. „Wir werden uns Maßnahmen, die eine Erhöhung der Sicherheit zur Folge haben, ganz bestimmt nicht verweigern. Wenn der Bund solche Sicherungen will, dann kann er die Kosten nicht zur Gänze auf andere abwälzen. Wir wehren uns nur dagegen, dass wir die Zeche für etwas bezahlen sollen, das jemand anderer bestellt hat.“

Ungeachtet der laufenden Diskussion fügt Mödlhammer allerdings noch an: „Man muss sich schon auch darüber im klaren sein, dass man nicht sämtliche Unfallrisiken des automobilen Verkehrs mit technischen Sicherungen lösen wird können. Sonst landen wir früher oder später dabei, dass man auch bei Ampeln Schrankenanlagen montiert, weil es auch Fahrer gibt, die bei Rot drüberfahren. Es gibt auch bei ungesicherten Bahnübergängen eine Eigenverantwortung der Lenker/innen, aufmerksam zu sein und selbst darauf zu achten, ob Züge kommen oder die Überfahrt gefahrlos möglich ist.“

Forderung nach „Sicherheitsgipfels“ wird laut

Mödlhammer forderte vom Ministerium die Einberufung dieses „Sicherheitsgipfels, denn mit einem solchen Entwurf über alle jene, die das bezahlen sollen einfach drüberzufahren sei mehr als nur ein unhöflicher Akt. „Unser gemeinsames Interesse ist es, die Anzahl der Unfälle an Eisenbahnkreuzungen zu senken. Ich bin sicher, dass wir hier im Gespräch zu einer befriedigenden Lösung für alle Beteiligten kommen können“, so Mödlhammer abschließend.



vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

►► Fortsetzung von Seite 9

sich ja auch verpflichtet, den Stabilitätspakt einzuhalten – und haben es als einzige Gebietskörperschaft auch geschafft, dieses Ziel auf Punkt und Beistrich umzusetzen. Allerdings ist es auch möglich, den Stabilitätspakt über zwei, drei Jahre zu verteilen. Wenn wir heuer ein Minus einfahren, dann sollten wir kommendes Jahr ein Plus machen. Aber unbestritten ist es jetzt im Interesse der regionalen Wirtschaft, wenn nun verstärkt investiert wird. Darüber hinaus ist die Geldbeschaffung jetzt etwas leichter, auch die Zinsen sind jetzt relativ günstig, und den Gemeinden wird, weil sie ja verlässliche Partner sind, von den Geldinstituten ein hervorragendes Angebot gemacht.

Sie haben zuvor den Belastungsstopp angesprochen. Die jüngst bekannt gewordene Geschichte mit der Kontrolle der Hunde-Chips durch die Gemeinde schaut allerdings nicht wirklich nach einem Stopp der Belastungen aus.

Es ist natürlich so, dass es nicht ureigenste Aufgabe der Gemeinde ist, solche Kontrollen durchzuführen, aber: Wo gehen die Menschen hin? Sie gehen zur Gemeinde, wenn sie einen Hund anzumelden haben. Dann muss man ihnen erst einmal klarmachen, dass es eine Chip-Pflicht gibt und der Hund nicht nur eine Marke seitens der Gemeinde, sondern auch diesen Chip tragen muss. Zweitens erwartet der Hundebesitzer, dass der gechippte Hund irgendwo registriert ist und entsprechend auch aufgefunden wird. Wo geht er wieder hin? Die Gemeinde ist Fundamt – also ist er wieder bei uns. Hier wird die Gemeinde wieder zu einer Servicestelle – die sie ja im klassischen Sinne auch ist –, aber halt zu einer zusätzlichen.

Das geht ja auch in die Richtung Ihrer alten Forderung nach einer Aufgabenreform statt einer Verwaltungsreform?

Das wär' dringend notwendig, dass man die Gebietskörperschaften, die eine Aufgabe am besten erfüllen können, mit eben dieser Aufgabe ausstattet. Es macht wenig Sinn, wenn bei-

spielsweise bei der Kinderbetreuung erstens die Gemeinden Verantwortung tragen und die Aufgabe erfüllen, zweitens aber die Länder die gesetzlichen Rahmenbedingungen machen und sich einmengen und drittens beim Bund gleich drei Ministerien zuständig sind.

Hier wäre durch flexible Lösungen einerseits die Qualität zu verbessern, andererseits Geld einzusparen – in der Art, dass nämlich die Kinderbetreuung in einer kleinen Gemeinde im Lungau ganz anders zu organisieren ist als etwa im Wiener Zentralraum. Hier sollte man den Gemeinden die Möglichkeit einräumen, die Betreuung nach ihren Bedürfnissen zu organisieren und auch das entsprechende Geld mitzugeben.



Foto: KOMMUNAL/Horwath

Zum wiederholten Male fordert Gemeindebund-Chef Mödlhammer im KOMMUNAL-Gespräch eine echte Aufgabenreform.

Die Kinderbetreuung in einer kleinen Gemeinde im Lungau ist ganz anders zu organisieren als etwa im Wiener Zentralraum.

... über die Gründe, warum die Gemeinden die Kinderbetreuung ganz übernehmen sollen

Andererseits haben wir überhaupt keine Möglichkeit, auf das Gesundheitswesen, auf das Krankenanstaltenwesen zuzugreifen. Wir sind hier wie im Bereich Sozialwesen nur Mitfinanzierer.

Wird die Verwaltung der Gebietskörperschaften am Ende einer solchen Reform billiger?

Es wäre die Verwaltung nicht nur billiger, sondern ich glaube, dass es um vieles einfacher und effizienter wäre. Wenn man den Gemeinden die Aufgaben überträgt, die sie am besten können – das ist Kinderbetreuung, das sind unsere Infrastruktureinrichtungen –, das sind eben unsere klassischen Aufgaben, die wir hervorragend bewältigen. Diese Aufgaben sollte man zur Gänze den Gemeinden übertragen. Andere Aufgaben, die wir nicht beeinflussen können, könnten wir abgeben: das Gesundheitswesen, Krankenanstalten, das Sozialwesen.

Stichwort Infrastruktur: Im Zuge der Debatten um die Gemeindefinanzen 2009 ist öfter das Argument aufgetaucht, dass gerade die Infrastruktur, Wasser, Kanal etc. zu einem Riesenbrocken werden könnte, weil die meisten Installationen bereits über 30 Jahre alt sind und teils dringend saniert bzw. renoviert werden müssten. Sehen Sie hier eine Gefahr?

Diese Gefahr ist meines Erachtens nicht in jenem Ausmaß vorhanden, wie sie immer dargestellt wird. Wir sind auf einem unwahrscheinlich hohen Niveau in der Infrastruktur. Wir sind europa- und auch weltweit Spitzenreiter im Bereich der Trinkwasserversorgung, wir sind Spitzenreiter im Bereich der Abwasserentsorgung, wir haben ein hervorragend funktionierendes Abfallentsorgungssystem. Was wir brauchen, sind die Mittel zur Erhaltung dieses Zustandes – die es ja im Bundesbudget auch gibt. Was wir nicht brauchen, sind Verschärfungen der Vorschriften,

dass man beispielsweise in der Abwasserversorgung sagt, wir wollen ein Zehntelprozent mehr Reinigungsgrad. Davor würde ich explizit warnen, denn dann würden die Kosten sprunghaft steigen und in keinem Verhältnis zum Nutzen mehr stehen.

Aus aktuellem Anlass: Wie sehen Sie eigentlich die Debatten um neue Asylzentren oder Minarette? Erstens sollte man, um beim Asylzentrum zu bleiben, nur im Einvernehmen mit der Gemeinde solche Maßnahmen angehen. Hier ist die bestinformierte Bevölkerung sicher der beste Partner. Und man sollte nicht nur die Nachteile einer solchen Einrichtung kommunizieren, sondern eine – und das ist der Punkt – objektive Diskussion zulassen mit allen Vor- und Nachteilen für die Gemeinde. Es hat ja sehr vernünftig begonnen mit der Bitte an die Gemeinden, sich zu melden. Dass dann der zweite Schritt völlig in die Hose gegangen ist,



Diese Messe ist für uns überaus bedeutend, denn hier können die Firmen und Betriebe ihre neuesten Produkte präsentieren, alles, was in den Gemeinden benötigt wird.

... über die KOMMUNALMESSE 2010

steht auf einem anderen Blatt. Zum Thema Minarett auch hier eine klare Haltung: Die Gemeinden sind Baubehörden, sie wissen auch hier, welche Anforderungen seitens der Bürger zu erfüllen sind. Es liegt also im Ermessen der Gemeinde und ich halte nichts davon, dass hier landes- oder bundesgesetzliche Regelungen erlassen werden.

Wo liegen die Arbeitsschwerpunkte des Gemeindebundes 2010?

Zwei große Punkte: Die Gemeinden ständig, über die finanzielle Situation zu informieren. Auch über Prognosen, die ja aus verschiedenen Richtungen kommen, zu informieren – das ist ein ganz entscheidender Punkt. Weiters wollen wir auch eine soziale Absicherung der in den Gemeinden tätigen Personen erreichen. Nämlich so, dass das Bür-



Foto: KOMMUNAL/Horvath

Das KOMMUNAL-Neujahrsinterview wurde auch auf Video aufgenommen. In Kürze wird es einen Beitrag dazu auf www.kommunal.at/kommunal-tv anzusehen geben. Dieses Service können übrigens alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Anspruch nehmen.

germeisteramt wieder interessant wird. Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir für die Gemeinden die bestqualifizierten und -informierten Menschen, die sich in den Dienst dieser Sache stellen. Es kann nicht sein, dass wir vor Wahlen große Überzeugungsarbeit leisten müssen, um überhaupt Bewerber für den Job zu finden. Das sind aber nur drei kleine Auszüge unserer Schwerpunkte.

Heuer findet im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages eine KOMMUNALMESSE statt. Was ist aus Ihrer Sicht die Bedeutung dieser größten Leistungsschau für die Gemeinden?

Die Gemeinden freuen sich außerordentlich, dass wieder eine KOMMUNALMESSE stattfindet. Diese Messe ist für uns überaus bedeutend, denn hier können die Firmen und Betriebe ihre neuesten Produkte präsentieren, alles, was in den Gemeinden benötigt wird. Wo aber auch andererseits die Gemeinden ihre Bedürfnisse decken können. Der Wandel in der Beschaffungsmöglichkeit und der Beschaffungsart ist massiv. Die Bürgermeister und Kommunalpolitiker wollen selbst sehen, was es Neues gibt, weil sie mit der Zeit gehen und weil durch eine entsprechende Ausstattung der Gemeinde die Lebensqualität in der Gemeinde verbessert wird.

Bei den Bürgermeisterwahlen würde ich gerne einhaken. Die vergangenen beiden Wahlen in Oberösterreich und Salzburg waren ja schon gekennzeichnet von fehlenden Kandidaten. Im März wird gleich in vier Ländern gewählt (siehe auch Berichte auf Seite 54 ff.) – ist da in dieser Beziehung schon etwas bekannt?

Es ist generell so, dass der Zustrom zu diesen Ämtern sehr, sehr gebremst ist, um es vorsichtig zu sagen. Es war tatsächlich so, dass es bei den Wahlen in Oberösterreich und Salzburg in jeder fünften Gemeinde nur mehr einen Kandidaten gab. Es zeigt jedenfalls, dass wir Handlungsbedarf haben – nicht nur Spitzenkandidaten zu finden, sondern Menschen, die sich in der Gemeinde engagieren wollen und sich für die Arbeit interessieren. Und diese Arbeit ist unwahrscheinlich spannend, sie ist aber auch unwahrscheinlich verantwortungsvoll und belastend. Ich sag' immer, das Bürgermeisteramt ist das schwierigste, weil man Tag und Nacht im Einsatz ist und eine Fülle von Aufgaben hat. Es ist aber auch das schönste Amt, weil man am meisten bewegen kann. Und das sollte – glaube ich – den Menschen klar gemacht werden.

Dazu braucht es aber nicht nur eine entsprechende wirtschaftliche, sondern auch eine sozialrechtliche Absicherung. Es kann nicht sein, dass ein abgewählter Bürgermeister in die Sozialhilfe muss. Es ist eine verantwortungsvolle Position – und gute Gemeinden brauchen eben gute Bürgermeister.

Abschlussfrage: Sie sind seit elf Jahren Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, seit 18 Jahren Chef des Salzburger Gemeindebundes und seit 24 Jahren Bürgermeister von Hallwang. Kann Sie noch was überraschen? (... lacht ...) Mich kann überhaupt nichts mehr überraschen. Aber eines stimmt schon: Voraussetzung für den Job ist, dass man die Menschen mag – mit all ihren Schwächen und Stärken.